

Demonstration aller Auszubildenden



Ausreichend und qualifizierte Lehrstellen für alle Schulabgänger! Einstellung aller Lehrer und Erzieher!

Keine Streichung sondern mehr Planstellen an Schulen, Kindergärten und Hochschulen!

Weg mit Numerus Clausus und Stufenausbildung!

Kampf dem geplanten Hamburger Schulgesetz! Keine Einführung von Zulassungsbeschränkungen an den Schulen! Kein Ordnungsrecht an Schulen und Hochschulen!

Gegen den zunehmenden Leistungs- und Prüfungsterror!

Keine Benachteiligung von Frauen und Mädchen in Ausbildung und Beruf!

Weg mit den Berufsverboten!

Weg mit dem Gesinnungsterror, politischen Überprüfungen und Verhören!

Gegen die Disziplinierung der fortschrittlichen Schüler-, Jugend- und Studentenvertreter! Politisches Mandat für unsere Vertretungsorgane!

Für freie politische Betätigung in Schule, Hochschule und Betrieb!

Dieser Aufruf wird unterzeichnet von:

Jugend- und Berufsschulvertreter, Kollegengruppen:

9 Schülerräte der G 5, Schülerrat G 12, Jugendvertretung Demag-Conz, 3 Jugendvertreter AEG, 3 Jugendvertreter Deutsche Lufthansa, 2 JV HDW, 2 JV T + N, 2 JV MBB, Schulsprecher Gewerbeschule 13, Demokratische Gruppe Handelsschule 10, Mehrheit der Dienstags-Tagessprecher G 3, Kollegengruppen an den Gewerbeschulen G 1, G 6/7/8, G 10/16

Schülervertreter und -gruppen:

Demokratische Gruppe JRG (Wedel), DG Gymn. Blankenese, DG Gymn. Alstertal, Schülerkollektiv Hegestr., Schülergruppe ATH, DG Krausestr., DG Kaifu, Schülergruppe Gesamtschule Julius Leber, DG Curschmannstr., DG Altona, Demokratisches Schülerkollektiv FSP1, Aktionsgruppe Demokratischer Kampf FSP2, Aktionskomitee Sachsenwaldgymn. (Reinbek), Gruppe Demokratischer Schüler Uferstr., Koll. fortschrittlicher Schüler Bondenwald, Koll. HLG., DG Allee, DG Billstedt, Schülerzeitungsinitiative VR Lohkampstr., DG Weidenstieg, DG Otto-Hahn-Gymn. (Jenfeld), Demokratische Schülergruppe am Bismarckgymnasium, Schülergruppe Wendenstr., Schülergruppe Steilshoop

Frauen- und Mädchengruppen an den Schulen:

Gymn. Allee, Christianeum, Krausestr., Gesamtschule Julius Leber, Daimlerstraße und Frauengruppe der JZI Rahlstedt

Studentenvertreter:

Fachschaftsrat PI, FSR Germanistik, FSR Psych, FSR Bio., FSR und Basisgruppe Physik, ADK Anglistik, ADK Geschichte, FSR Mathe

Hamburger Referendarvorstand

Jugendzentren- und Initiativen:

JZ Reinbek, A.JZ Geesthacht, JZI Harburg, Jugendkollektiv und Lehrlingsgruppe Trittau, Schülergruppe JZI Rahlstedt

Organisationen:

Kommunistischer Bund, Sozialistischer Schülerbund, Sozialistischer Studentenbund, Bund Demokratischer Jugend

Die Demonstration und die Abschlusskundgebung der „Aktionseinheit“ und des Referendarvorstands wird ferner unterstützt von:

2 Jugendvertreter und die Kollegengruppe Blohm + Voss, Schulsprecher und Demokratische Gruppe der Volks- und Realschule Möllner Landstr. (Billstedt), Betriebsjugendgruppe Philipps, Berufsschüler-Veranstaltung vom 7.2. (ca. 400 Anwesende mit überwältigender Mehrheit), Schülergruppe Heilwigsschule, Kollektiv Wendenstr.

Treffpunkt: Freitag, 13. Februar, 16³⁰ Uhr Legienplatz

Kämpfen wir gemeinsam gegen die Angriffe auf unsere Ausbildung!

■ Bis 1980 werden jährlich 130.000 Jugendliche mehr als bisher die Schulen in der BRD verlassen. Trotzdem wird das Lehrstellenangebot von den Kapitalisten weiterhin systematisch gesenkt – im letzten Jahr nach offiziellen Angaben erneut um 5%. Angesichts von heute schon 200.000 arbeitslosen Jugendlichen wird klar, welche Zukunft dieses System für uns bereithält. In Hamburg war bereits für viele der zum 1. Februar entlassenen Realschüler kein Ausbildungsplatz mehr zu erhalten. Diese Situation wird sich im August katastrophal zuspitzen, wenn ca. 8.000 Hauptschulabgänger noch dazukommen. Sie, die fast alle aus Arbeiterfamilien kommen, werden am schlimmsten betroffen.

■ An Schulen, Hochschulen und Krankenhäusern greift der Staat mit seiner „Sparpolitik“ immer härter durch. Über tausend Lehrer und Erzieher sind in Hamburg (wie auch in anderen Bundesländern) nicht eingestellt worden und jetzt arbeitslos. Der Senat hat die Anmeldefristen für den Schuldienst so weit vorverlegt, daß von den Referendaren, die in diesem Halbjahr ihren Vorbereitungsdienst abschließen, keiner übernommen werden wird.

■ Den krassen Lehrermangel sollen die Schüler und Berufsschüler ausbaden. Durch Zeugnis- und Versetzungsterror gelangen immer weniger Auszubildende in weiterführende Ausbildungsgänge. Der Numerus Clausus soll mit Hilfe eines neuen Schulgesetzes sogar an Schulen eingeführt werden können. Auch die anderen „Sparmaßnahmen“ wie z.B. die Streichung der „kleinen Lernmittelfreiheit“ sollen darin gesetzlich festgeschrieben werden. Harte Strafmaßnahmen sind gegen „Schwänzen“, Versäumen von Klassenarbeiten, Zuspätkommen etc. vorgesehen.

Die durch die staatliche Ausplünderungspolitik „eingesparten“ Milliarden werden in geradezu verschwenderischer Weise als „Subventionen“ den Kapitalisten zugesteckt, damit sie ihre Profite sanieren können. Das Ergebnis sind nicht etwa die versprochenen neuen Arbeitsplätze, sondern ein Höchststand von über 1,3 Millionen Arbeitslosen (5,9%)!

Der Widerstand der Betroffenen wird durch Staat und Kapitalisten mit immer reaktionäreren Methoden unterdrückt. Die Berufsverbotepraxis kann für alle Demokraten nur als alarmierendes Zeichen angesehen werden. Eine halbe Million Menschen wurden vom Verfassungsschutz schon

überprüft. Dagegen machen NPD-Funktionäre als Schulleiter, Richter oder Ausbilder Karriere.

Während z.B. die antidemokratische Junge Union von den Kapitalisten mit Geldern vollgepumpt und von der bürgerlichen Presse gehätschelt wird, fliegen andererseits linke Jugendvertreter nach der Lehre auf die Straße – und bekommen obendrein oftmals von den DGB-Führern in trauter Übereinstimmung noch einen Gewerkschaftsaus-schluß verpaßt. Fortschrittlichen Schüler- und Studentenvertretungen soll mit dem Verbot des politischen Mandats ein Maulkorb angelegt werden, d.h. es soll ihnen verboten werden, antifaschistische und antiimperialistische Stellungnahmen abzugeben. So hat die Behörde dem Hamburger AStA ein erpresserisches Ultimatum gestellt, Flugblätter z.B. zur Chile-Solidarität aus seinem Haushalt herauszunehmen und privat zu bezahlen. Mit solchen Angriffen soll das Hochschulrahmengesetz durchgesetzt werden, das sogar die Möglichkeit offen läßt, ASten und Fachschaftsrate ganz zu zerschlagen.

Gegen diese reaktionäre Politik wurde in den letzten Wochen auf Versammlungen, Demonstrationen und Streiks protestiert. Um unsere Forderungen massiv auf die Straße zu tragen und den Aufbau einer gemeinsamen Kampffront der Arbeiterjugend mit den fortschrittlichen Schülern, Studenten und Referendaren zu stärken, rufen die unterzeichnenden Vertretungsorgane und Gruppen zu einer möglichst breiten Teilnahme an der Demonstration aller Auszubildenden am 13.2. auf.

Gleichzeitig kritisieren wir an den Veranstaltern, Landes-ASten-Konferenz und Schülerkammer, daß sie ein breiteres Bündnis verhindert haben, indem sie die Durchführung der Demonstration sektiererisch für sich allein beansprucht und politisch nicht auf ihrer Linie liegenden Gruppen unannehmbare Bedingungen gestellt haben. So sollte dem Referendardorstand ein Redebeitrag nur unter der Bedingung einer vorherigen Zensur zugestanden werden. Vertreter derjenigen Bereiche, die in letzter Zeit mit Kampfmaßnahmen an vorderster Front standen, sollten erst gar nicht sprechen dürfen. Die Unterzeichnenden protestieren gegen diese spalterische Politik, die unübersehbar von den Unvereinbarkeitsbeschlüssen der SPD und DKP diktiert ist, und werden eine eigene Abschlußkundgebung durchführen, auf der die Vertreter der kämpfenden Lehrlinge, Schüler, Referendare und Studenten selbst das Wort haben werden.

Die Demonstration führt vom Legienplatz zur Moorweide. An der Abschlußkundgebung des AStA und der Schülerkammer nehmen wir nicht teil, sondern ziehen weiter über Rothenbaumchaussee, Johnsallee, Schlüterstr. zur

Abschlußkundgebung der Hamburger „Aktionseinheit“ und des Referendardorstand

vor dem „Philosophenturm“ auf dem Gelände der Universität

Es sprechen:

Referendardorstand

Ein Schülervertreter der Schule Curschmannstr.

(Demonstration gemeinsam mit anderen Schulen am 29.1. zur Schulbehörde, 700 Schüler und Eltern)

Gruppe Demokratischer Schüler Uferstraße

(Schulstreik am 20.1. gegen Berufsverbot für eine Fachschülerin)

Fachschaftsrat Pädagogisches Institut (Vollstreik am 15./16.1.)

Ein Mitglied des OJA der IG Metall